

Sächsische Volkszeitung

ersch. täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Preis 1 Mk. 50 Pf. 1. Klasse. 2. Klasse 1 Mk. 25 Pf. (ohne
Postgebühren). Bei abn. Postämtern 1. Klasse 1 Mk. 75 Pf. 2. Klasse
1 Mk. 50 Pf. (Postgebühren). Einzelnummern 1 Pf. 10 Pf.

Unabhängiges Tageblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Verleger: Maxime W. Schmidt, Verlags- u. Druckerei
15. J. Wollmann u. Söhne, Dresden, A. Wiedersheim, Dresden.
Verlags- u. Druckerei: Wollmann, Dresden.
Verlags- u. Druckerei: Wollmann, Dresden.

Köln oder Jena?

Der freie Gewerkschaftskongress zu Köln im Mai und der sozialdemokratische Parteitag zu Jena im September vorigen Jahres offenbarten die Gegensätzlichkeiten, die in der heutigen Sozialdemokratie insbesondere in der Frage der Taktik, in diesem Falle des Generalstreiks, latent sind. Bis zum Jenaer Parteitag war im allgemeinen für den Generalstreik als politisches Kampfmittel keine besondere Vorliebe vorhanden. Selbst Bebel lehnte ihn noch auf dem Bremer Parteitag im Jahre 1904 ab, und vor allem waren es die Gewerkschaftsführer, die ihn für „Generalunfug“ erklärten. Die Folge dieser Stimmung war, daß der Kölner Gewerkschaftskongress den Generalstreik als „Revolution im Sonntagsanzug mit den Händen in den Hosentaschen“ gewerkschaftsamtlich einfach abtat.

Zast zu gleicher Zeit haben die Minen der russischen Revolution an zu spielen. Mit einem feurig geschriebenen Buch über den Generalstreik setzte die holländische Sozialistin Frau Roland Hoff ein, das eifrig von den Literaten der „Neuen Zeit“ und der „Leipziger Volkszeitung“ besprochen und kommentiert wurde. Es macht sich eine gewisse radikale Gärung in den von der radikalen Presse, die die Situation geschickt ausnützte, aufgereagten Massen geltend. Die Stimmung der Massen übertrug sich auch auf den alten Feuerlof Bebel. Sei es nun, daß er die günstige Stimmung benutzen wollte, radikalen Geist in die Köpfe der Massen einzupropfen und so endgültig über die Gewerkschaftsrevisionisten zu obliegen oder aber die Gelegenheit benutzen wollte, zu zeigen, daß trotz seiner mißglückten Prophezeiungen der Zukunftsstaat doch nicht in so weiter Ferne zu sein brauche: genug, in vierstündiger Rede trat er in Jena jetzt für den Generalstreik mit einem Draufgängertum ein, als ob in ihm endlich der Schlüssel zum Zukunftsstaat gefunden sei. Eine Resolution wurde gegen wenige Stimmen angenommen, daß es namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignet erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklichst anzuwenden. Als eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren, oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenes Falles der Parteitag die umfassendste Anwendung des Massenstreiks.

Welch plötzliche Aenderung innerhalb vier Monaten! Wie ehrlieh es dem alten Demagogen Bebel und dem ihm gefügigen Kronrat, dem sozialdemokratischen Parteivorstand, mit dem Generalstreik im Ernstfall gewesen ist, darüber haben nun die Enthüllungen der anarcho-sozialistischen „Einigkeit“ ein Licht aufgestellt. Die Wahlrechtsbewegung in Preußen ließ den „gegebenen Fall“ im Sinne der Jenaer Resolution als möglich oder in Aussicht stehend erscheinen. Was tat nun der mutige Generalstreikler Bebel? Er konferierte mit der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften über die im Falle eines Generalstreiks zu treffenden Maßnahmen. Aus der Mut der Erklärungen, die zwischen der Generalkommission und dem unbestrittenen Parteileitator bzw. dessen Moniteur, dem „Vorwärts“ hin- und hergepflogen sind, dürften folgende Feststellungen nicht zu bestreiten sein. Einmal: es liegt nicht in der Absicht des Parteivorstandes, den politischen Massenstreik zu propagieren, sondern er wird, soweit es ihm möglich ist, einen solchen zu verhindern suchen. Zweitens: Sollte er aber doch ausbrechen, so müßte er von der Partei geführt werden, und die Gewerkschaften hätten sich offiziell nicht daran zu beteiligen. Die Unterstützung der Streikenden und die Kosten für die Folgen eines solchen Streiks zu tragen, müßte Aufgabe der Partei sein.

Welche Folgerungen ergeben sich nun aus diesen Feststellungen?

Zunächst: Der Demagoge Bebel hat auf der Konferenz mit den Delegierten der Generalkommission im Februar fast den entgegengesetzten Standpunkt vertreten, als in Jena. Er hat ein trauriges Doppelspiel getrieben. Mit Aufwendung aller berausenden Beredsamkeit hatte er den Massen vorgetragen, welche Machtvollkommenheit sich in ihnen verbergere, wenn sie nur genug Begeisterung und feurigen Mut besäßen, um „gegebenen Falles“ auch vor dem äußersten politischen Kampfmittel, dem Generalstreik, nicht zurückzuschrecken. Und „gegebenen Falles“ muß er zugeben, daß in Wirklichkeit diese Macht in den sozialdemokratischen Massen gar nicht vorhanden ist. Ja, der mutige Streiter von Jena zeigt Angst vor dem Ernstfall, seine Feldenpose von Jena ist nichts anderes als ein taktisches Mandarngewesen, um unter der ihm günstigen radikalen Stimmung die Gewerkschaften für den Radikalismus einzufangen. Im Ernstfall haben die Massen von den Führern am allerwenigsten etwas zu erwarten. Die sozialdemokratischen Arbeiter sind einmal wieder elendiglich getrennt worden.

Ferner: Die trotz Jena gegen den Generalstreik in ihrer Mehrzahl voreingenommenen Gewerkschaftsführer befinden sich doch nicht so sehr unter dem Einflusse der Parteiführer, wie deren Presse immer wieder glaubhaft zu machen versucht. Ohne die Gewerkschaften geht's nun einmal nicht „gegebenen Falles“, mußte sich der Parteileitator sagen. Und da diese Gewerkschaften nicht zu ihm kamen, ging er zu den Mächtigeren. Diese haben jedenfalls aber nicht sonderlich Lust gezeigt, „gegebenen Falles“ die Kasanien für die Partei aus dem Feuer zu holen. Daher Bebel's Erklärung: Die

Partei müsse allein den Generalstreik führen, ferner die Kosten tragen; die Gewerkschaften hätten sich nicht offiziell zu beteiligen. Was bedeutet aber ein Generalstreik ohne Gewerkschaften! Gar nichts! Ohne Zweifel oblagte die gewerkschaftliche Vernunftspolitik über radikale Illusions- und Revolutionspolitik!

Und endlich: Der Miß, der seit dem Parteitag zu Jena unter dem mächtigen Drucke des dort obliegenden Radikalismus verkleinert worden zu sein schien, ist noch in alter Stärke zwischen Gewerkschaften und Partei vorhanden. Die Gewerkschaften werden wegen ihrer Stärke doch anders von den leitenden Parteiführern geschätzt, als diese sonst merken lassen wollen. Sie müssen mit ihnen im Geheimen verhandeln. In diesen Verhandlungen ist ohne Zweifel der Wille der Gewerkschaften der Maßgebende gewesen. Köln hat sich stärker als Jena erwiesen!

Die Sozialdemokratie treibt, das haben die Vorgänge wieder mit aller Deutlichkeit gezeigt, eine Politik der Phrasen, des Kraftmeiertums, die eine vernünftige Politik, vor allem Sozialpolitik, unmöglich macht. Dem Arbeiter, dem hierüber die neuesten Enthüllungen nicht genügend die Augen geöffnet haben, ist einfach nicht zu helfen! Die christlichen Arbeiter werden vor allem aus obigem entnehmen, wie sehr sie betrogen wären, wollten sie den sozialdemokratischen Phantastereien nachgehen!

Politische Mundschau.

Dresden, den 10. Juli 1906.

Auf ein Glückwunschtelegramm des Kardinal-Erzbischofs Fischer in Köln an den Kaiser aus Anlaß der Geburt des ersten Kaisererben erfolgte der „Köln. Volksztg.“ zufolge aus Bergen (Norwegen) folgendes Antworttelegramm des Kaisers: „Eurer Eminenz spreche ich für die zugleich im Namen der Erzbiösjer“ dargebrachten Glückwünsche meinen besten Dank aus. Wilhelm, R.“

Der König verlieh nach Erledigung des Schulunterhaltungs-gesetz dem Kultusminister Dr. Studt den Schwarzen Adlerorden und dem Ministerialdirektor Schwarzkopf den Kronenorden erster Klasse mit Stern und Brillanten.

Der Kaiser von Oesterreich hat dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Geh. Rat v. Schirich und Wogendorff das Großkreuz des Leopold-Ordens verliehen.

Prinzessin Mathilde von Sachsen-Roburg-Gotha, die in Dabos schwerkrank darniederlag, hat Berliner Wätern zufolge ihre Kinder an ihr Krankenbett kommen lassen.

Die Württembergische Kammer der Standesherren hat am 9. d. M. das Verfassungsgesetz in der Schlussabstimmung einstimmig angenommen. Damit ist das Gesetz zustande gekommen.

Kontreadmiral v. Müller ist zum Chef des Marinekabinetts ernannt worden.

In dem Disziplinarverfahren gegen den früheren Sonderredakteur v. Pattfomer steht dem Berliner Tageblatt zufolge eine umfangreiche Zeugenerhebung bevor.

Die Nutzungssperre nach der lex Camp hat die Kreise, gegen welche das Gesetz gerichtet ist, zu allerlei Gegenmaßnahmen angepornt. Die bedeutendste Aktion in dieser Hinsicht war die im Sommer 1905 erfolgte Gründung der Rheinisch-Westfälischen Bergwerksgesellschaften n. d. S., durch die die größten Mitglieder des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikates sich den Besitz an den wichtigsten, bereits verliehenen und noch unberührten Kohlenfeldern des Westens sicherten und für spätere Expansionsbedürfnisse in Reserve stellten. Eine weitere Folge des Gesetzes war, daß sich in der Provinz Hannover, in der die unterirdischen Mineralerschätze weiter dem Grundbesitzer gehören, eine fieberhafte Bohrtätigkeit namentlich auf Kali entwickelte. Und schließlich gab die lex Camp den Anstoß dazu, daß auch andere deutsche Bundesstaaten der Regelung des Bergrechtes in verwandtem Sinne näher traten. Hamburg, die beiden Lippe sowie das Großherzogtum Hessen haben bereits Gesetze eingebracht bzw. angenommen, durch die das Schürfen und Nutzen auf Kohle und namentlich Kali zum staatlichen Monopol gemacht werden soll. Selbst in Bayern, das eigentlich nicht als Sitz einer Montanindustrie von Belang ist, haben sich Wünsche und Bestrebungen in dieser Hinsicht geltend gemacht. Es darf nicht vergessen werden, daß die lex Camp nur ein provisorisches Gesetz ist, und daß durch sie nur auf zwei Jahre die bergrechtlichen Verhältnisse Preußens geregelt sind. Da im Juli 1907 die Geltung dieses Gesetzes abläuft, so erhebt sich die Frage, in welcher Weise dann das preussische Bergrecht definitiv auszugestalten sein wird. Eine Wiedereinführung der Bergfreiheit liegt nicht in der Absicht der preussischen Regierung und der parlamentarischen Majorität, die die lex Camp eingeführt haben. Es fragt sich nur, ob in Zukunft das Recht der Nutzung definitiv im ganzen Umfange der Monarchie, dem Staate vorbehalten sein soll, der dann seinerseits unter Umständen im Wege der Konzessionserteilung einzelnen Privatgenossen das Bergrecht verleihe und sich dabei einen bestimmten Anteil am Gewinne sowie einen gewissen Einfluß auf die geschäftliche Leitung der neuen Bergwerke sichern könnte. Ein anderer gleichfalls gangbarer Weg würde der sein, daß der Staat sich bestimmte Bezirke reserviert und im Rechte der Monarchie die frühere Bergfreiheit wieder herstellt. Jedenfalls muß etwas geschehen, um die total verfallene Bergfreiheit nicht wieder ausleben zu lassen; diese war am Blaye, als es sich darum handelte, den Bergbau anzuspornen. Heute braucht es eines solchen Ansporns

nicht mehr. Nachdem man vielmehr gesehen hat, welchen Einfluß die Bergwerksgesellschaften erlangen, ist es an der Zeit, mit Gegenmaßnahmen nicht zurückzuhalten.

Die Württembergische Kammer der Abgeordneten hat am 9. d. Mts. bei Beratung der Verfassungsrevision in Uebereinstimmung mit der Kammer der Standesherren als Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes den 1. Dezember 1906 bestimmt, worauf das Gesetz in der Schlussabstimmung mit 66 gegen 21 Stimmen des Zentrums und zweier Mitglieder der Ritterschaft angenommen wurden.

Die 10000 Mk. Spende der Stadt Berlin für die durch die russische Revolution in Not geratenen Deutschen wird wegen Verweigerung der Annahme nun wohl eine andere Verwendung finden müssen. In einer Zuschrift an die in Riga erscheinende „Dina-Ztg.“ richtet ein Leser an den baltischen Hilfsverein die Aufforderung, das Geschenk wegen der es begleitenden Schmähdungen der deutschen Balten zurückzuweisen. Ebenso wie die „Dina-Ztg.“ weisen auch alle anderen deutsch-baltischen Blätter die Spende der Stadt Berlin zurück. Im allgemeinen ist man weniger über Herrn Stadthagen enttäuscht, der die baltischen Deutschen Lumpengefindel, Henkersknechte, Blut- hunde usw. genannt hatte. Stadthagen kann's ja nicht anders. „Das ist“, so schreibt die „Baltische Tagesztg.“ „in Herrn Stadthagens Kreisen façon de parler. Auf dem Dresdner Parteitag, wo die Herren doch ganz unter sich waren, fielen noch ganz andere Ausdrücke; Herr Stadthagen versteht es eben nicht anders und begreift auch gar nicht, wenn man mit ihm in der allgemein üblichen Umgangssprache redet. Ueberhaupt können wir nicht so von Herzen böse auf Herrn Stadthagen werden. Was kann der arme Mensch dafür, daß er so schrecklich ungebildet ist, und dann muß man doch bedenken, wie das schon moralisch herunterbringt, wenn man nur den „Vorwärts“ liest, Herr Stadthagen aber schreibt ihn sogar. Lassen wir ihn ruhig weiter reden!“

Rein, Herrn Stadthagen nimmt man's wirklich nicht übel. Worüber man aber empört ist, das ist die schwächliche Haltung des Oberbürgermeisters Kirchner und überhaupt der ganzen Versammlung im Roten Hause, in der niemand, aber auch nicht einer, ein Wort zur Verteidigung der beschimpften deutschen Volksgenossen fand! Und das Ergebnis der Abstimmung, in der 46 zustimmenden 34 ablehnende Stimmen gegenüberstanden, kennzeichnet die Spende gleichfalls als ein nur durch den Vorgang anderer Städte herausgepreßtes Almosen. Nun macht die „Deutsche Tagesztg.“ den sehr defizienten Vorschlag: „Wie wäre es nun, wenn die zurückgewiesenen 10000 Mk. zur Unterstützung der armen Goltentotten verwendet würden, die von unseren Soldaten so arg zugerichtet werden? Wir machen den Vorschlag in allem Ernst, denn wir glauben, Herr v. Lindquist wird die Summe für diesen Zweck sehr gern in Empfang nehmen. Er braucht schon jetzt nicht wenig Geld, um die halbberuhigerten Hereros wieder auf die Beine zu bringen; wenn die Goltentotten noch dazu kommen, so wird ihm jeder Pfennig lieb sein, der für sie beigezeichnet wird. Also nur Mut! Herr Stadthagen kann auch nichts dagegen haben.“ Wir halten solche Scherze für höchst überflüssig; zumal die Goltentotten tatsächlich von deutschem Gelde unterhalten werden müssen, soweit sie sich nicht ihren Lebensunterhalt verdienen. Für alle in Südafrika gefangenen Goltentotten fordert, wie mehrere Blätter melden, die Kapregierung Ersatz der Unterhaltungskosten.

Graf Hoensbroech hatte, wie wir gestern meldeben, im „Verl. Tagbl.“ zur Wahl eines Sozialdemokraten im Wahlkreis Altona-Ferlohn aufgefordert mit der Begründung, daß der im Zentrum verbergte Ultramontanismus eine viel kulturfeindlichere und umstürzlerische Bewegung sei als die Sozialdemokratie. Hatte das „Verl. Tagbl.“ diesen komischen Politiker bereits trockenem Tones abgefertigt, so kommen heute die „Hamburger Nachrichten“, die den Herrn Grafen folgendermaßen abtanzeln: „Wir dürfen für uns das Zeugnis in Anspruch nehmen, von jeher zu den grundfächlichen Gegnern des Zentrums gehört zu haben und darin nie wankend befestigt worden zu sein; aber schier unverständlich ist uns, wie ein denkender bürgerlicher Politiker, vor die Wahl zwischen einem Zentrums- mann und einem Sozialdemokraten gestellt, überhaupt zweifelhaft sein kann. Es zeugt von einer unverzeihlichen Gedankenlosigkeit, zu behaupten, die ultramontane Gefahr sei eben so groß oder gar noch größer als die sozialdemokratische.“ In der ganzen Angelegenheit darf die Stellung Hoensbroech's zu der Sozialdemokratie nicht aus den Augen gelassen werden. Er hat wiederholt aus seiner Zuneigung zur Sozialdemokratie kein Fehl gemacht. Wie er sich vom Katholizismus zum „freiesten Christentum“ umgehäutet hat, so scheint er sich auch allmählich aus einem „bürgerlichen Politiker“ zum Sozialdemokraten Hamaleonaria zu vermandeln.

Graf Hoensbroech's Kellame. Unermüdet steht Graf Hoensbroech in sein Wädhorn wider den dem Abgrund der Hölle entfliegenden Ultramontanismus. Herzbrechend ist es für diesen Ketter des Vaterlandes, daß er allein das Verderben nahen sieht den Mauern des deutschen Reiches und der ganzen modernen Kultur, und niemand die rechten Waffen benützt, die er doch ganz allein kennt. So schreibt der Graf („Deutschland“, Juliheft 1906) über die Schuldebatten im bairischen Landtag: „Einen sehr unbefriedigenden Eindruck haben die Schuldebatten in der bay-

Secretariat
S. 11.
ermann.
5-7 1/2 Uhr.
wegen Abwesenheit
esden.
fang 1/8 Uhr.
das Schluß.
Anfang 8 Uhr
frone 1/8 Uhr.
den Anf. 8 Uhr.
anf. 8 Uhr.
nt Anf. 8 Uhr.
5 der Cabine-
Pelpziger
um Thomas
Lieder-
57
m-Strasse.
d franco.
egel
Spiegel
titel
A.
Str. 72.
den-A.
Farspr. 012.
Geschäft
ofen
33
den u. Leipzig
1.
sische 1.55
1.40
3.00
1.80
3.00, 2.00
Krug 1.10
2.00, 1.10
0, 8.75, 10.00
4.00, 6.00
5.00.
e id für
eiten.
meister,
e 14.
gb- und
254
k.
z Breiße.
g
Interesse
Anfragen,
er Weise
atur: An
esden-A.,
r, sowohl
hinsicht-
ruderei
und des
raste 43.